

Hildesheimer Erklärung des KKV-Bundesverbandes

Anlässlich des 86. KKV-Verbandstages in Hildesheim, der unter dem Motto „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft – Hoffnungszeichen für eine bessere Welt“ vom 20.-22.05.11 in Hildesheim stattfand, verabschiedeten die Delegierten am 21.05.11 nachstehende Erklärung:

Verantwortungsbereite Bürgergesellschaft als Alternative zum Versorgungsstaat und zur Ellbogengesellschaft – Neues Leitbild für ganzheitliche Politik gefordert – Mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung nötig

"Verantwortungsbereite Bürgergesellschaft als Alternative zum Versorgungsstaat und zur Ellbogengesellschaft" so lautet das Motto des KKV, Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, für das Jahr 2011/12. Mit diesem Beschluss verabschiedeten die Delegierten des KKV-Bundesverbandstages am 21. Mai 2011 auf ihrem Zusammentreffen in Hildesheim das neue Schwerpunktthema des katholischen Sozialverbandes. "Wenn wir die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigen wollen, brauchen wir ein neues Leitbild für eine ganzheitliche Politik und wir brauchen Bürger, die bereit sind, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Kurzum wir brauchen Bürger, die, um mit John F. Kennedy zu sprechen, nicht fragen, was kann der Staat für mich tun, sondern die fragen, was kann ich für den Staat tun. Um dies umzusetzen, bedarf es jedoch zahlreicher Träger wie die einzelnen Staatsbürger, aber auch Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsführer oder Funktionsträger von Vereinen, Verbänden oder der Kirchen, die die tugendethische Verantwortung in einer Bürgergesellschaft mit Leben erfüllen.

Mit dem neuen Schwerpunktthema setzt der KKV sein bisheriges Jahresthema "Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft - Hoffnungszeichen für eine bessere Welt" folgerichtig fort. Als katholischer Sozialverband sehen wir es als unsere Aufgabe an, das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild zu vermitteln und auf dieser Basis immer wieder zu prüfen, ob die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen den Normen der Gerechtigkeit und Liebe entsprechen.

Gleichzeitig weist der KKV darauf hin, dass auch die katholische Soziallehre vor der Gefahr warnt, dass sich der Sozialstaat zum aufgeblähten Wohlfahrtsstaat entwickelt. Leider hat sich aber mit steigendem Wohlstand eine Denkweise in unserem Land eingeschlichen, die an die Stelle von Wettbewerb, Eigeninitiative und Selbstverantwortung zunehmend den Ruf nach dem Staat lauter werden lässt.

Aufgabe des Staates ist es jedoch nicht, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen. Überregulierung und Subventionen verhindern, dass die Balance von Nachfrage und Angebot zum Wohl der Marktteilnehmer wirken. Aufgabe des Staates ist es vielmehr Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Verbraucher ungehindert aus dem ihm vorliegenden Angebot wählen kann und ihm für diese Entscheidung korrekte und vollständige Informationen zur Verfügung stehen.

Andererseits räumt die Soziale Marktwirtschaft der Verpflichtung des Eigentums und der dauerhaften Gemeinwohlorientierung aller Güter einen hohen Stellenwert ein. Die Marktwirtschaft darf deshalb nicht zur alleinigen Regulationsinstanz für das gesamte gesellschaftliche Leben werden. Das freie Spiel der Marktkräfte bringt nicht die Lösung aller Probleme, und die Marktlogik ist nicht für alle gesellschaftlichen Bereiche angemessen. Deshalb ordnet auch die Soziale Marktwirtschaft nicht alles dem Profit unter. Sie gibt vielmehr dem ökonomischen Handeln Rahmenbedingungen, damit es dem Menschen und seinen Bedürfnissen dient.